

BEBAUUNGSPLAN

ERWEITERUNG DES BEBAUUNGS-
GEBIETES SEITERT
STADTTEIL HILBRINGEN

MASSTAB
1:1000

	DATUM	NAME
GEZEICHNET	IM JAN. 1985	F. SCHWINDLING

STADTBAUAMT MERZIG

BAUDIREKTOR

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 18. Aug. 1976 (BGBl. I S. 2257) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates der Kreisstadt Merzig vom 15. NOV. 1984 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch das Stadtbaumamt der Kreisstadt Merzig.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 7 des BBauG

0	Räumlicher Geltungsbereich	SIEHE PLAN
1	Art der baulichen Nutzung	
1.1	Baugebiet	ALLGEMEINES WOHNGEBIET (WA)
2.1.1	zulässige Anlagen	SIEHE BauNVO § 4 ABS. 2
2.1.2	ausnahmsweise zulässige Anlagen	SIEHE BauNVO § 4 ABS. 3 1.2. 6.
2.1.3	Höchstzulässige Anzahl von Wohnungen je Grundstück	SIEHE BauNVO § 4 ABS. 4
1.2	Baugebiet	
2.2.1	zulässige Anlagen	
2.2.2	ausnahmsweise zulässige Anlagen	
1	Maß der baulichen Nutzung	
1.3	Zahl der Vollgeschosse	SIEHE PLAN
1.4	Grundflächenzahl	SIEHE PLAN
1.5	Geschäftflächenzahl	SIEHE PLAN
1.6	Baumassenzahl	ENTFALLT
1.7	Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFALLT
2	Bauweise	OFFEN
2.2	Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE PLAN
2.3	Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE PLAN
3	Mindestgröße, Mindestbreite, Mindesttiefe der Baugrundstücke	ENTFALLT
4	Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind, wie Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie die Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE, BEI GARAGEN MIND. 5,0m HINTER DER AUßEREN STRASSEN- GRENZLINIE
5	Flächen für den Gemeinbedarf	ENTFALLT
6	überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	IM GESAMTEN GELTUNGSBEREICH
7	Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen	ENTFALLT
8	Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.	ENTFALLT
9	besonderer Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird	ENTFALLT
10	Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung	SIEHE PLAN
11	Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parkieren von Fahrzeugen sowie den Anschluß an derer Flächen an die Verkehrsflächen.	SIEHE PLAN
12	Versorgungsflächen	SIEHE PLAN (WBH)
13	die Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen	ENTFALLT
14	Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen	ENTFALLT
15	öffentliche und private Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	ENTFALLT
16	Wasserflächen sowie Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können	ENTFALLT
17	Flächen für Aufschüttungen, für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFALLT
18	Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	ENTFALLT
19	Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung wie Ausstellungs- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen	ENTFALLT
20	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können	ENTFALLT
21	mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFALLT
22	Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeiteinrichtungen, Stellplätze und Garagen	ENTFALLT

23	Gebiete in denen bestimmte die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen.	ENTFALLT
24	von der Bebauung freizuhalten Schutzflächen und ihre Nutzung, Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen	ENTFALLT
25	einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzte Flächen	ENTFALLT
a)	das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	
b)	Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	ENTFALLT
26	Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie für die Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind	ENTFALLT
27	Höhenlage der baulichen Anlagen	SIEHE STRASSENBAU-PROJEKT UND KANALPLAN
	Aufnahme von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 4 BBauG	ENTFALLT
	Aufnahme von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 4 BBauG	ENTFALLT
	Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 5 BBauG	
1	Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind	ENTFALLT
2	Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgefahren erforderlich sind	ENTFALLT
3	Flächen unter denen der Bergbau umgeht	ENTFALLT
4	Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	ENTFALLT
	Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 5 BBauG	ENTFALLT

VERMERK: ES GILT DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG 1977 (BGBl. S. 1757)

PLANZEICHEN - ERLÄUTERUNG

	Räumlicher Geltungsbereich		Straßenverkehrsflächen öffentlich
	Reines Wohngebiet		Fahrbahn
	Allgemeines Wohngebiet		Gehweg
	Dorfgebiet		Radweg
	Mischgebiet		Fußweg
	Kerngebiet		Straßenbegleitgrün Mittelstreifen
	Gewerbegebiet		Private Straßen- und Wegeflächen
	Industriegebiet		Flächen für Bahnanlagen
	Sondergebiet		öffentliche Parkflächen
	Geschäftflächenzahl		Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
	Baumassenzahl		Flächen für Versorgungsanlagen
	Grundflächenzahl		Wasserbehälter
	Zahl der Vollgeschosse		Freileitung mit Masten
	Höchstgrenze		Freileitung mit Schutzstreifen
	offene Bauweise		Elektrizitätsleitung
	nur Einzeihäuser zulässig		Wasserleitung
	nur Doppelhäuser zulässig		Abwasserleitung
	nur Hausgruppen zulässig		Fernmeldeleitung
	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig		Gasleitung
	geschlossene Bauweise		Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
	Baulinie		Grünflächen öffentlich
	Baugrenze		Parkanlagen
	Flächen für den Gemeinbedarf		Campingplatz
	Bestehende Grundstücksgrenze		Friedhof
	Geplante Gebäude		Wasserflächen
	Bestehende Gebäude		Flächen für die Landwirtschaft
	Wohnstr. verkehrsberuhigt		Flächen für die Forstwirtschaft
			Naturschutzgebiet
			Landschaftsschutzgebiet
			TRAFOSTATION

BEBAUUNGSPLAN

- SATZUNG -

STADT MERZIG

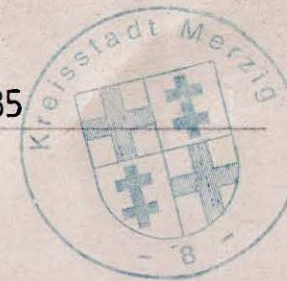
STADTTEIL HILBRINGEN

"ERWEITERUNG DES BEBAUUNGS- GEBIETES SEITERT"

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2a Abs. 6 BBauG ausgelegen vom 15. 7. 85 bis zum 16. 8. 85

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Stadtrat am 12. 9. 85 beschlossen

MERZIG, den 16. 9. 1985
Der Bürgermeister



Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt
SAARBRÜCKEN, den 6. 12. 1985
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen
Az. D/6 - 7056/85 101/Ku
Im Auftrag

SAARLAND
Der Minister
für Umwelt

Wörker
(Wörker)
Diplom-Ingenieur

6.2.1986

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am ortsüblich bekanntgemacht.

MERZIG, den 17. 2. 1986
Der Bürgermeister

